

Gerhard Stoltenberg:

Unsere Politik fördert Wachstum und Beschäftigung

Wenige Wochen vor dem Jahreswechsel ist es möglich, eine exaktere Vorhersage über die Ergebnisse und Daten der Finanzpolitik dieses Jahres zu machen und das Jahr 1989 zu beurteilen. Die vorliegenden Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen im Jahre 1988 widerlegen eindrucksvoll alle diejenigen, die seit langem immer wieder mit der Verwirklichung der Steuerreform die Krise der öffentlichen Haushalte vorhersagten. Vor allem von der SPD und manchen Sprechern der kommunalen Spitzenverbände wurde unaufhörlich behauptet, der Einnahmeverzicht durch die in drei Stufen zwischen 1986 und 1990 verwirklichte Steuerreform würde unverantwortbare Deckungslücken zur Folge haben und notwendige öffentliche Investitionen gefährden.

Das Gegenteil ist der Fall. Tatsächlich zeigt sich gerade in diesem Jahr, daß unsere Finanzpolitik, sparsame Ausgabengestaltung, erhebliche Steuersenkungen und die verstärkte internationale Zusammenarbeit in der Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik wirtschaftliche Dynamik und wachsende Beschäftigtenzahlen nachhaltig fördert sowie zugleich eine Verbesserung der Haushaltssituation ermöglicht. *(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*

HEUTE AKTUELL

- **Jugendhilfe**
Neuordnung des Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode. Seite 5
- **Rentenreform**
Minister Blüm legt Diskussionsentwurf vor. Seite 7
- **Arbeitsmarkt**
Die günstigsten Beschäftigungszahlen seit Oktober 1982. Seite 9
- **EVP**
Bericht vom Luxemburger Kongreß und Manifest zur Europawahl 1989. Seite 13
- **CDU**
Berichte von den Landesparteitagen der CDU Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Seite 17
- **Dokumentation**
Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Grüner Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Die Steuereinnahmen aller öffentlichen Haushalte stiegen im ersten Halbjahr 1988 um 5,3 Prozent, obwohl mit der zweiten Stufe der Steuerreform fast 14 Milliarden Mark Steuersenkungen wirksam wurden. Bei den Gemeinden betragen die Steuermehreinnahmen sogar 7,3 Prozent. Allein das Gewerbesteueraufkommen nahm im ersten Halbjahr um über 11 Prozent — rund eine Milliarde Mark — gegenüber dem Vorjahr zu. Voraussichtlich werden die Gemeinden in diesem Jahr rund zwei Milliarden Mark Steuern mehr einnehmen, als bei der Aufstellung ihrer Haushalte veranschlagt wurde.

Obwohl die **Gemeindeausgaben** mit voraussichtlich 4 Prozent auch in diesem Jahr schneller wachsen als diejenigen von Bund und Ländern, bleibt ihre kreditfinanzierte Deckungslücke so mit rund 2 Milliarden Mark sehr niedrig. Im letzten Regierungsjahr der SPD, 1981, betrug die kreditfinanzierte Deckungslücke der Kommunen — bei einem noch rund 30 Prozent niedrigerem Bruttosozialprodukt — noch rund zehn Milliarden Mark. Nur gut ein Prozent der Gemeindeausgaben werden also 1988 durch Kredite finanziert.

Die nachhaltige Verbesserung der Einnahmen ermöglicht auch eine kräftige Ausweitung der kommunalen Sachinvestitionen — voraussichtlich um rund 4,5 Prozent. Damit setzt sich der seit 1985 andauernde Trend verstärkter Investitionsausgaben fort. 1984 betragen die Sachinvestitionen der Kommunen 30,5 Milliarden Mark, 1987 35,2 Milliarden Mark, 1988 werden es fast 37 Milliarden Mark sein. Damit ist die ständige Propagandabeauptung der SPD und einiger Sprecher des Städtetages, unsere Politik der Steuersenkungen führe zu einem Ver-

fall der kommunalen Investitionen, ein-drucksvoll widerlegt.

Der spürbare Einnahmezuwachs bedeutet für alle öffentlichen Haushalte eine deutliche Entlastung — aber er ist kein Anlaß, bei den Anstrengungen zur Rückführung der öffentlichen Defizite nachzulassen. Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt wird 1988 mit voraussichtlich 36 bis 37 Milliarden Mark erheblich geringer sein, als von der Opposition zu Beginn des Jahres mit bis zu 45 Milliarden Mark vorhergesagt. Aber sie ist immer noch überhöht. Wir hatten Ende 1987 aufgrund der sehr pessimistischen Konjunkturvorhersagen entschieden, vorübergehend ein höheres Haushaltsdefizit hinzunehmen. Aufgrund der günstigen Entwicklung unserer Volkswirtschaft und höherer Steuereinnahmen kann die Nettokreditaufnahme des Bundes für 1989 bei den Schlußberatungen im Haushaltsausschuß auf etwa 28 Milliarden Mark abgesenkt werden. Diese beträchtliche Verbesserung ist um so wichtiger, weil die Neuverschuldung des Bundes 1990 aufgrund der dritten Stufe der Steuerreform mit einer noch höheren Senkung der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer um 19 Milliarden Mark vorübergehend wieder ansteigen wird.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte wird in diesem Jahr mit etwa 58 Milliarden Mark rund 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts in Anspruch nehmen. Im nächsten Jahr wird es voraussichtlich auf 44 bis 48 Milliarden Mark, also auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts, sinken. Trotz erheblicher Steuersenkungen in den Jahren 1986 und 1988 bleibt es damit weit unter den entsprechenden Werten der SPD-Regierungszeit zu Beginn der achtziger Jahre, als fast 4,5 Prozent erreicht wurden.

Finanz- und Wirtschaftspolitik haben

sich so im Jahre 1988 in einer hervorragenden Weise gegenseitig ergänzt. Der Kurs der schrittweisen Senkung direkter Steuern stärkte die privaten Investitionen und die private Verbrauchernachfrage und trug so zum Anstieg der Beschäftigung bei. Die starke wirtschaftliche Dynamik bei anhaltender Preisstabilität führt zu höheren Steuereinnahmen. Die Krisenparolen der SPD über eine angeblich explodierende Staatsverschuldung und den Niedergang der öffentlichen Investitionen sind eindeutig widerlegt worden. Der Umfang der öffentlichen Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden bleibt selbst 1988 weit hinter den Größenordnungen der SPD-Regierungszeit zurück. Von großer Bedeutung für diesen Erfolg war die wesentlich verbesserte Zusammenarbeit der großen Industrienationen in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Sie hat ein seit langem nicht erreichtes Maß an Wechselkursstabilität gefördert und so verlässlichere Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen und den Handel erreicht.

Diese Zusammenarbeit wird fortgesetzt. Die französische Regierung hat bei den jüngsten bilateralen Konsultationen in Bonn ihre Entschlossenheit bekräftigt, stabile Wechselkurse im europäischen Währungssystem zu erhalten. Dies entspricht voll der deutschen Position. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika messen der Aufgabe, stabile Wechselkurse zu sichern, unverändert eine hohe Priorität zu.

Die deutsche Volkswirtschaft geht mit einer starken Wachstumsdynamik in das Jahr 1989. Vor allem der sich weiter verstärkende Anstieg der Investitionen und der Rückgang der Energiepreise begründen die Erwartung, daß, trotz der maßvollen Anhebung einiger Verbrauchssteuern, auch das nächste Jahr ein gutes Wirt-

Zitat

„Die Leistungen des deutschen Handwerks können sich sehen lassen. Ohne seinen hohen Qualitätsstandard wäre die herausragende Position unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht denkbar — und damit auch nicht unser aller Wohlstand. Die Bundesregierung denkt nicht daran, bewährte Regelungen des deutschen Handwerks in Frage zu stellen.“

(Helmut Kohl anlässlich der Meisterfeier der Handwerkskammer Mannheim am 4. November 1988 in Heidelberg)

schaftswachstum bei nur maßvollen Preissteigerungen bringen wird. 1990 werden dann die direkten Steuern noch einmal um 19 Milliarden Mark gesenkt. Dies bringt einen erneuten starken Impuls für die Investitionen und die private Nachfrage. Nach den Erfahrungen des Jahres 1988 und dem erheblichen Rückgang der Neuverschuldung 1989 können wir erwarten, daß die öffentlichen Haushalte diesen vorübergehenden Einnahmeverlust gut verkraften können, ohne öffentliche Investitionen und die Erfüllung der anderen Staatsaufgaben zu gefährden. Voraussetzung dafür bleibt allerdings Augenmaß und Ausgabendisziplin.

Frau Thatcher für Beseitigung der Mauer

Mit Genugtuung hat die Bundesregierung davon Kenntnis genommen, daß die britische Premierministerin Margaret Thatcher sich bei ihrem Besuch in Warschau für die Beseitigung der Mauer in Berlin ausgesprochen hat. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß die Berliner Mauer nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem ist.

Steuersenkung für Leistung und Investition

Es ist gut zu verstehen, daß mancher Bürger die Erhöhung der Mineralöl-, Zigaretten- und anderer Verbrauchsteuern kritisiert: Die Bundesregierung will mit der Steuerreform doch die Steuern senken, wie reimt sich dies zusammen?

Dazu erklärt Hansjörg Häfele, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen: Erforderlich ist die maßvolle Anhebung der Verbrauchsteuern wegen zusätzlicher unabweisbarer Aufgaben des Bundes, wie etwa erhöhte Abführung von Steueranteilen des Bundes an die Europäische Gemeinschaft, Hilfe zur Förderung des Investitionsfähigkeit finanzschwacher Bundesländer und höhere Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit zur Vermeidung einer volkswirtschaftlich ungünstig wirkenden Beitragsanhebung.

Dabei hat aber die Verbrauchsteuererhöhung durchaus mit der Steuerreform zu tun. Es geht darum, eine langjährige Fehlentwicklung zu verändern, die das Gewicht immer mehr in Richtung der direkten Steuern verlagert hat. Direkte Steuern knüpfen an Leistung und Investition an, was wir ja für unsere Zukunft brauchen und deshalb nicht im Übermaß belasten dürfen. Indirekte Steuern erfassen vor allem den Verbrauch, der gegenwartsbezogen ist. Man kann auch so sagen: Es ist besser, die Einkommensentstehung nicht so stark zu belasten und die Einkommensverwendung etwas mehr zu erfassen. In den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland anfangs der 50er Jahre betrug das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern noch rund 50 zu 50 Prozent, heute liegt es dagegen bei etwa 60 zu 40 Prozent. Durch unsere zukunftsweisende Gestaltung des

Steuerrechts und die dauerhafte Senkung der direkten Steuern wollen wir die Bürger wieder mehr zu Leistung und die Unternehmen zu Investitionen und Innovationen ermutigen.

Unsere dreistufige Senkung der direkten Steuern 1986, 1988 und 1990 entlastet die arbeitenden Bürger und die Betriebe insgesamt um netto fast 50 Milliarden DM. Dem steht die geplante Erhöhung der indirekten Steuern in Höhe von rund 10 Milliarden DM gegenüber. Schon dieser Vergleich zeigt, daß auch nach dieser Erhöhung im Ergebnis eine kräftige Entlastung unserer Bürger herauskommt. Für 1990 erwartet wird mit 22,7 Prozent die niedrigste Steuerquote seit 1960.

Erstmals in der Steuergeschichte unseres Landes wird mit dem 1990 wirksam werdenden arbeits- und mittelstandsfreundlichen Einkommen- und Lohnsteuertarif eine unheilvolle und volkswirtschaftlich schädliche Entwicklung durchbrochen, daß nämlich Arbeitseinkommen und Gewinne immer stärker im Verhältnis zum Verbrauch besteuert werden. Mit der maßvollen Anhebung der indirekten Steuern wollen wir die richtige Entwicklung weiter fördern.

Wir räumen dadurch auch dem einzelnen Bürger einen größeren Gestaltungsspielraum ein. In einem Land mit einem hohen Lebensstandard, wie ihn unser Volk aufs Ganze gesehen erfreulicherweise hat, ist es vertretbar, den Bürgern mehr Mitverantwortung, mehr Wahl-Freiheit zu geben, wieviel Steuern sie zahlen wollen: Wer mehr verbraucht, zahlt mehr. Diese Wahlmöglichkeit ist bei den direkten Steuern nicht gegeben: Der Bürger bekommt das Geld gar nicht erst in die Hand und kann die Höhe seiner Steuerlast nicht beeinflussen.

Rita Süsmuth:

Neuordnung des Jugendhilferechts noch in dieser Legislaturperiode

Die Neuordnung des Jugendhilferechts werden wir noch in dieser Legislaturperiode parlamentarisch verabschieden. Wir folgen damit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und dem Beschluß des Bundesausschusses der CDU vom 12. September 1988. Erste Reaktionen auf den am 10. August 1988 vorgelegten Referentenentwurf zeigen, daß seine fachliche und gesellschaftspolitische Zielsetzung auf breite Akzeptanz stößt.

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Jugendämter und ihre Zusammenarbeit mit den freien Trägern ist noch immer das Jugendwohlfahrtsgesetz, das in seiner Grundstruktur über 65 Jahre alt ist. Alle sind sich darin einig, daß dieses Gesetz heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Denn im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels haben sich auch die Lebenslagen von jungen Menschen und Familien geändert. Ihre Situation ist heute gekennzeichnet durch

- eine steigende Zahl von Kindern, die als Einzelkinder aufwachsen,
- hohe Trennungs- und Scheidungsraten der Eltern,
- einen Wandel der Rollen der Familienmitglieder — insbesondere der Frauen —, der sich u. a. an dem Wunsch festmacht, Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander verbinden zu können,
- Arbeitslosigkeit, die die erzieherischen Kräfte der Familie schwächt und die Entwicklungsbedingungen der Kinder negativ beeinflusst,
- Jugendarbeitslosigkeit, die einer gro-

ßen Gruppe benachteiligter junger Menschen keine zufriedenstellende berufliche Perspektive eröffnet und sie aus der Gesellschaft ausgrenzt,

■ Begrenzung des natürlichen Lebensraums für Kinder angesichts der industriellen und technologischen Entwicklung.

Darüber hinaus hat sich auch die Sichtweite der Jugendhilfe verändert: An die Stelle reagierender Eingriffe in die Familie, die meist mit der Trennung des Kindes von seinen Eltern verbunden sind, muß ein differenziertes, an unterschiedlichen familiären Lebenslagen ausgerichtetes Spektrum von Hilfen treten, das jungen Menschen das Hineinwachsen in die Gesellschaft erleichtert sowie Mütter und Väter bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützt und entlastet.

Wesentliche Ziele des neuen Gesetzentwurfs sind

- Verbesserung der Angebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit,
- Verbesserung der Hilfen für Familien in besonderen Lebenssituationen (Alleinerziehende, Trennungs- und Scheidungssituationen, Sicherung der Kinderbetreuung und Führung des Haushalts bei Ausfall des haushaltsführenden Elternteils, Unterbringung junger Mütter zusammen mit ihren Kindern in Mutter-Kind-Einrichtungen),
- Verbesserung der Angebote der Tagesbetreuung für Kinder,
- gesetzliche Verankerung ambulanter und teilstationärer erzieherischer Hilfen (sozialpädagogische Familienhilfe,

Mittelständler vertrauen Hauser

Die dritte Landesdelegiertenversammlung der Mittelstandsvereinigung der CDU-Nordrhein-Westfalen wählte mit großer Mehrheit Hansheinz Hauser zu ihrem Landesvorsitzenden. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag erhielt fast 90 Prozent der Delegiertenstimmen — eindrucksvoller Vertrauensbeweis für den Mann an der Spitze.

Hauser forderte ein Umdenken der traditionellen Mittelstandspolitik und eine Öffnung hin zu einem neuen Selbstverständnis. Dabei bezog er sich auf eine

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Tagesgruppen im Heim) neben den klassischen Formen der Pflegefamilie und der Heimerziehung,

■ Zusammenfassung aller Erziehungshilfen bei den örtlichen Jugendämtern (unter Wegfall der bisherigen überörtlichen Erziehungshilfen),

■ Stärkung des Funktionsschutzes freier Träger durch frühzeitige Beteiligung an der Jugendhilfeplanung.

Nach der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub stellt die Neuordnung des Jugendhilferechts einen wesentlichen Schritt dar, um die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in der Familie zu verbessern. Die Diskussion, die gegenwärtig zum Paragraphen 218 StGB und den flankierenden Hilfen, zur Rentenreform, zur Frauenpolitik und zur Familienpolitik geführt wird, zeigt, daß viele von uns langsam begreifen, welche Anstrengungen wir unternehmen müssen, um (wieder) zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft zu werden.

Feststellung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der kürzlich geäußert hat, die Bundesrepublik sei auf dem Wege zur Mittelstandsgesellschaft. Dies bezog der Landesvorsitzende direkt auf aktuelle Notwendigkeiten der Mittelstandspolitik:

„Es muß Schluß sein mit dem Kästchendenken, die Mittelständler seien beispielsweise für Ladenschluß und Handwerksordnung zuständig und hätten kein Mitspracherecht bei anderen Themen. Wir müssen zuallererst mit diesen hergebrachten, bequemen Klischees der Mittelstandspolitik ein Ende machen. Wir werden uns in Zukunft nicht mehr darauf reduzieren lassen, unsere Auffassung bei Ladenschluß und Vorruhestand, bei Handwerksordnung und dem Nebentätigkeitsverbot für Beamte vorzutragen — so wichtig diese Gebiete im Einzelfall sein mögen. Für mich heißt aus dieser Sicht Mittelstandspolitik in Zukunft, daß wir auf jede politische Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik und in der Sozialpolitik, in der Innenpolitik und auch in der Sicherheitspolitik Einfluß nehmen — auf jede Entscheidung, die den Mittelständler, seine Angehörigen und seine Arbeitnehmer trifft. Mittelstandspolitik aus dieser Sicht heißt Mitbestimmung im weitesten Sinne“.

Zum Rücktritt von Bremens Innensenator Meyer

Der Rücktritt des Bremer Innensenators Meyer war überfällig, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster. Wer als politisch verantwortlicher Minister in schwieriger Lage seinen Polizeibeamten die erforderliche Unterstützung versagt, ist ungeeignet als Innensenator bzw. Innenminister.

Norbert Blüms Vorlage sichert die leistungsbezogene Rente

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat am Montag den Diskussions- und Referentenentwurf zu der ab 1992 geplanten Reform der Rentenversicherung vorgelegt. In dem Konzept sind weitgehend die Beschlüsse des Kleinen Parteitag der CDU vom 26. September 1988 zur Rentenreform berücksichtigt. Kernstück des Entwurfs sind die nettolohnbezogene Rentenanpassung, die Erhöhung der Altersgrenze für Männer und Frauen in mehreren Stufen von 1995 an auf 65 Jahre, die Neubewertung von Ausfallzeiten sowie die Anerkennung von zwei zusätzlichen Kindererziehungsjahren im Rentenrecht für ab 1986 geborene Kinder.

Nach dem Plan soll der Beitragssatz bis 1992 bei 18,7% stabil gehalten werden. Dies bedeutet, daß der Beitrag nicht, wie bisher vorgesehen, im Jahr 1990 auf 18,5% gesenkt wird. Die Renten sollen lohn- und beitragsabhängig bleiben, jährlich aber nur noch in dem Maße steigen wie die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.

Die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben der Rentenversicherung soll ab 1992 jährlich entsprechend dem Anstieg der Bruttoverdienste im vorvergangenen Kalenderjahr und zusätzlich entsprechend einem Anstieg des Beitrages der Rentenversicherung für das jeweilige Jahr dynamisiert werden. Vorweg soll der Bundeszuschuß im Jahr 1990 um 0,3 Mrd. und 1991 um 2,3 Mrd. Mark erhöht werden.

Zeiten für die Ausbildung in Schule und Hochschule sollen nur noch bis zu sieben Jahren (jetzt 13) anerkannt werden, und zwar mit 75% der durchschnittlichen Jahresbeiträge des Versicherten.

Zeiten von Arbeitslosigkeit und Krankheit, für die Arbeitslosengeld oder Krankengeld gezahlt wurden, sollen ab 1995 als Beitragszeiten gelten. Die Beiträge werden nach 75% des vorherigen Bruttoentgelts berechnet.

Jeder, der Beiträge entrichtet hat, erhält auch beitragsfreie Zeiten anerkannt. Bisher galt das Prinzip der „Halbbelegung“: Nur wer wenigstens ein halbes Rentenleben Beiträge gezahlt hat, hat Anspruch auf die Berücksichtigung der Ausfallzeiten bei der Ermittlung der Rentenhöhe. Vielen Frauen gelang das nicht, so daß die Neuregelung eine Verbesserung gerade für sie beinhaltet.

Für nach 1986 geborene Kinder soll ein zweites und drittes Kindererziehungsjahr rentenbegründend und rentensteigernd anerkannt werden. Alle Kindererziehungsjahre sollen künftig aus der Rentenversicherung finanziert werden. Weitere Zeiten der Kindererziehung sollen bis zum 10. Lebensjahr des Kindes bei der Aufrechterhaltung des Anspruchs auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit berücksichtigt werden.

Die Pflege eines Schwerpflegebedürftigen soll bei der Aufrechterhaltung des Anspruchs auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ebenfalls berücksichtigt werden. Die Bedingung zur Entrichtung von Beiträgen für ehrenamtliche Pflegepersonen sollen verbessert werden.

Mit dieser Vorlage sichert Norbert Blüm die leistungsbezogene Rente als einen elementaren Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stabilisieren langfristig das Rentensystem und modernisieren es gleichzeitig. Der UId wird in Zukunft über die Entwicklung des Rentenreformvorhabens berichten.

Helmut Kohl:

Jenningers Haltung verdient Anerkennung und Achtung

Zum Rücktritt Philipp Jenningers vom Amt des Bundestagspräsidenten erklärt der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ich habe den Rücktritt Philipp Jenningers mit großem Respekt zur Kenntnis genommen. Diese Entscheidung ehrt ihn. Sie sagt alles über seine politische Integrität und seine demokratische Überzeugung.

Ich kenne Philipp Jenninger seit langer Zeit und bin ihm freundschaftlich verbunden. In den ihm anvertrauten politischen Ämtern hat er stets gezeigt, daß er ein aufrechter Demokrat und ein kompromißloser Gegner jeder Form totalitärer Herrschaft ist. Niemand darf ihm etwas anderes unterstellen. Das Fundament für seine Gesinnung wurde in seinem Elternhaus gelegt, das der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus tiefer Überzeugung ablehnend gegenüberstand. An seinem Engagement für die Aussöhnung mit den Juden und für die Lebensinteressen des Staates Israel sind Zweifel nicht erlaubt.

Nach seiner gestrigen Rede hat Philipp Jenninger offensichtlich nicht mehr das volle Vertrauen des Deutschen Bundestages — obwohl die Redlichkeit seiner Absichten nicht in Frage gestellt wurde. Er hat aus dieser für ihn bedrückenden Erkenntnis die Konsequenzen gezogen, um so Schaden vom Amt des Bundestagspräsidenten abzuwenden.

Seine Haltung verdient Anerkennung und Achtung. Sie setzt Maßstäbe. Sie ist vorbildlich für den verantwortungsvollen Umgang mit einem anvertrauten Amt.

Deshalb habe ich Philipp Jenninger gebeten, auch in Zukunft seine Kraft in den Dienst unseres Staates und der Union zu stellen.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger gab in der Fraktions Sitzung am 11. November 1988 folgende Erklärung ab:

Die Reaktionen auf meine gestrige Ansprache vor dem Deutschen Bundestag haben mich erschrocken, und sie bedrücken mich auch. Meine Rede ist von vielen Zuhörern nicht so verstanden worden, wie ich sie gemeint hatte. Ich bedauere das zutiefst, und es tut mir sehr leid, wenn ich andere in ihren Gefühlen verletzt habe.

Während meiner ganzen politischen Laufbahn — zuletzt als Präsident des Deutschen Bundestages — habe ich mich in besonderer Weise für die Aussöhnung mit den Juden und für die Lebensinteressen des Staates Israel engagiert. Ich war stets ein kompromißloser Gegner jeder Form totalitärer Herrschaft, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen meiner Eltern unter dem NS-Regime, die gegen die Diktatur eingestellt waren und dafür Nachteile in Kauf nehmen mußten.

Es ist wichtig, daß das Amt des Bundestagspräsidenten keinen Schaden leidet. Ich muß davon ausgehen, daß viele Kolleginnen und Kollegen mir das für meine Amtsführung notwendige Vertrauen nicht mehr entgegenbringen. Aus diesem Grunde erkläre ich meinen Rücktritt vom Amt des Bundestagspräsidenten.

Die günstigsten Beschäftigungszahlen seit Oktober 1982

Am 4. November 1988 konnte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die insgesamt besten Zahlen zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation nach 1982 bekanntgeben. Eine Arbeitslosenquote von nur acht Prozent hatte es nach Oktober 1982 bisher in keinem einzigen Monat gegeben, stellt Horst Günther, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest.

Die Zahlen der offenen Stellen sind die höchsten seit dem Herbst 1981. Die Relationen zwischen den Zahlen der Arbeitslosen einerseits und der offenen Stellen andererseits sind in einigen Regionen mit günstiger Wirtschaftsstruktur bereits so gut, daß beruflich flexible und räumlich mobile Arbeitslose gute Chancen auf Eingliederung in Beschäftigung haben. In Baden-Württemberg kommen nur 4,3 Arbeitslose auf eine offene Stelle (Stand Oktober 1988). Viele offene Stellen könnten nicht mehr in angemessener Frist besetzt werden, wenn nicht Arbeitslose aus strukturschwächeren Regionen zum Wohnsitzwechsel bereit wären, um Arbeit zu finden.

In den strukturschwachen Bundesländern kommen dagegen auf eine offene Stelle über 16 Arbeitslose (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein). Im Bundesdurchschnitt kommen auf eine offene Stelle 10,6 Arbeitslose. Generell hat sich die Lage aber deutlich verbessert: Vor sechs Jahren im Oktober 1982 kamen auf eine offene Stelle 27,5 Arbeitslose. Die Tendenz zur Besserung ist also unverkennbar.

Als Folge des noch im Frühjahr nicht erwarteten starken Wirtschaftswachstums in 1988 wird es nach Berechnungen im Herbstgutachten der fünf maßgeblichen Wirtschaftsforschungsinstitute vom 24. Oktober 1988 zum Jahresende etwa 150.000 mehr Beschäftigte geben als Ende 1987. Dies ist ein guter Einstieg für 1989. Es wird auch 1989 mit einer weiteren Beschäftigungszunahme von etwa 130.000 gerechnet. Wenn trotzdem unter anderem bei den Wirtschaftsforschungsinstituten ein Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet wird, liegt dies daran, daß die Zahlen der Erwerbspersonen derzeit und künftig unerwartet stark ansteigen, sowohl bei Inländern (wegen stärkerer Zuwanderung von Aussiedlern) als auch Ausländern (Anspruch auf Arbeitsverlaubnis für deren ins Erwerbsleben hineinwachsende Kinder). 1988 wird der jahresdurchschnittliche Anstieg der Arbeitslosigkeit mit etwa 20.000 erfreulicherweise viel geringer ausfallen als befürchtet wurde. Es ist darauf hinzuweisen, daß im Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom 2. Mai 1988 noch angenommen worden war, der Zuwachs der Zahl der Erwerbstätigen werde sich im Jahresdurchschnitt auf etwa 90.000 beschränken, dagegen die Arbeitslosigkeit um etwa 50.000 anwachsen.

Der jetzt im Herbstgutachten für 1989 prognostizierte Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um jahresdurchschnittlich 50.000, jedoch um etwa 100.000 im Jahresverlauf, basiert auf bestimmten Annahmen über die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen einerseits und des Erwerbspersonenpotentials andererseits.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

STICHWORT:

ESPRIT

ESPRIT (Europäisches Strategisches Programm Informationstechnik) ist das erste informationstechnologische Programm der Europäischen Gemeinschaft. Es handelt sich dabei um eine Schlüsseltechnologie, die in fast allen Wirtschaftssektoren eine entscheidende Rolle spielt. Beispielsweise wird die Informationsindustrie schon bis 1990 ihren Umsatz weltweit auf etwa 500 Milliarden Mark verdoppeln und damit die Größenordnung der Automobilindustrie erreichen. Bisher hat europäische Informationstechnologie auf dem Weltmarkt einen Anteil von 25 Prozent.

Mit ESPRIT wird die europäische technologische Zusammenarbeit verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit Europas entscheidend gestärkt. In der ersten Phase von ESPRIT 1984 bis 1988 konnten über 200 Projekte mit insgesamt 1,5 Milliarden ECU (drei Milliarden Mark) gefördert werden. An diesen Projekten haben sich 450 Partner und 3 000 Forscher aus der EG beteiligt. Dabei sind an deutsche Unterneh-

men, Universitäten und andere Forschungseinrichtungen Fördermittel in Höhe von rund 300 Millionen Mark vergeben worden. Schwerpunkte von ESPRIT sind: Mikroelektronik, Software-Technologie, Bürosysteme, computergesteuerte Fertigung und Informationsverarbeitungssysteme. Für die zweite Phase bis 1993 stehen für ESPRIT mehr als drei Milliarden ECU (sechs Milliarden Mark) zur Verfügung.

Zitat

„Der Binnenmarkt 1992 ist keine „Festung Europa“, wie dies von manchen außerhalb der Gemeinschaft befürchtet wird. Im Gegenteil: Dieser große Markt wird durch seine stärkere Wachstumsgeschwindigkeit auch unseren Partnern in aller Welt deutlich verbesserte Exportchancen bieten und so in anderen Ländern ebenfalls zu Wachstum und Beschäftigung beitragen.“

(Helmut Kohl anlässlich der Meisterfeier der Handwerkskammer Mannheim am 4. November 1988 in Heidelberg)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Es können sich aber durchaus Veränderungen ergeben, die dann auch zu anderen Ergebnissen führen. Es ist hier unter anderem auf die Arbeitsmarktlastungen durch Verlängerung des Erziehungsurlaubs und der Bezugsdauer beim Erziehungsgeld für ab 1. Januar 1988 geborene Kinder um zwei auf 12 Monate zu verweisen, desgleichen auf den unerwartet starken Trend bei jungen Menschen, nach einer praktischen Berufsausbildung und vielleicht zusätzlicher anschließender kurzer Berufspraxis ein Studium aufzunehmen. Offen ist noch, ob der bis August 1988 festzustellende Anstieg der Geburtenzahlen weiter anhält; auch dies

wäre gegebenenfalls ein Faktor, der den Arbeitsmarkt spürbar entlasten kann (mehr Erziehungsurlaubsfälle). Umgekehrt könnte aber auch ein erneuter Anstieg des Zustroms von Aussiedlern vorübergehend zu einem etwas stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Es ist aber andererseits auch darauf zu verweisen, daß die inzwischen eingeleiteten Wohnungsbauförderungsmaßnahmen zur Sicherstellung des Wohnbedarfs der Aussiedler erhebliche Mehrbeschäftigung in der Bauwirtschaft und einen Abbau der Arbeitslosigkeit in den Bauberufen zur Folge haben werden. Erhöhte Auftragsvolumen in der Bauwirtschaft beleben auch andere Wirtschaftszweige.

Reduzierung der Tiefflüge

Die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik hat für die Gesamtfraktion der CDU/CSU zur künftigen Gestaltung der Ausbildung der Luftwaffe im Bereich Tiefflug eine Beschlußempfehlung gefaßt, der die Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit zugestimmt hat. Sie lautet:

Die erkennbare Entwicklung im Bereich der Luftverteidigung macht es auch in Zukunft notwendig, die Angehörigen der Luftwaffe auf einem hohen Niveau der Ausbildung und Einsatzbereitschaft zu halten.

Sowohl zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit wie aber auch zum Schutz der Flugzeugführer der Luftwaffe ist es auch in Zukunft notwendig, Tiefflug zu üben.

Trotz der in den vergangenen Jahren vorgenommenen Reduzierungen des Tiefflugs ist die Sensibilität der Bevölkerung gestiegen. Weitere Maßnahmen sind erforderlich.

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung des Übungsbetriebes im Bereich des Tiefflugs nachstehende Forderungen an die Bundesregierung beschlossen. Dabei ist sich die Fraktion darüber einig, daß nur durch ein Bündel von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen eine weitere Verminderung der Belastungen der betroffenen Bevölkerung zu erzielen ist.

● Im Zusammenwirken mit den in der Bundesrepublik übenden Luftwaffen der NATO-Verbündeten sollen Entscheidungen über die zukünftig notwendigen Formen und die Gesamtmenge an Tiefflugübungen in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin nachdrücklich herbeigeführt werden.

● Wir begrüßen und unterstützen die

Initiative des Bundesministers der Verteidigung, im Rahmen seiner Gespräche mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Entzerrung der Tieffluggebiete (75 m) zu kommen.

● Wir erwarten eine schnelle Umsetzung der Planung zur Errichtung eines EDV-gestützten Luftlagezentrums, damit Belastungen der Bevölkerung, wie z.B. häufige örtliche Konzentrationen, vermieden werden können. Die dafür notwendigen Finanzmittel sind im Rahmen von Umschichtungen im Einzelplan 14 bereitzustellen.

● In Verhandlungen soll erreicht werden, daß die bislang gültige Aufteilung der Flugzonen in der Bundesrepublik Deutschland neu geregelt wird; dabei sollen Vorschläge für die zukünftige Einbeziehung von Gebieten entlang der innerdeutschen Grenze nicht weiterverfolgt werden.

● In Verhandlungen mit den Luftwaffen der NATO-Verbündeten sollte erzielt werden, daß die Gesamtzahl der zukünftigen Tiefflugübungen auch nach der Einführung eines weiteren tiefflugfreien Tages erreicht werden kann; ersatzweise soll geprüft werden, ob die Einführung einer totalen Mittagspause von täglich 12.30 Uhr bis 14.30 Uhr möglich ist.

● Das Bundesministerium der Verteidigung wird aufgefordert, mit Nachdruck die Entwicklung leiserer Triebwerke zu fördern und Technologiefortschritte bei den taktischen Übungsprogrammen zu berücksichtigen.

● Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Industrie Softwareprogramme für vorhandene Simulatoren-Systeme für Tiefflugübungen zu entwickeln bzw. bereits vorhandene

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Systeme weiterzuentwickeln und auch die dafür notwendige Hardware bereitzustellen. Die notwendigen Finanzmittel sollen dafür durch Umschichtung im Einzelplan 14 bereitgestellt werden.

● Für die Tieffluggebiete (75 m) soll jeweils ein Skyguardgerät zur Verfügung stehen. Bei der Anschaffung dieser Geräte soll auch überprüft werden, ob sie im Leasing-Verfahren eingesetzt werden können. Das für diese Geräte benötigte Personal kann dabei auch aus dem zivilen Sektor angeworben werden.

● Im Hinblick auf die weitere Verlagerung von Tiefflugübungen, insbesondere auch der NATO-Verbündeten, in Gebiete außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erwartet die Fraktion eine zügige Realisierung der Ausbaumöglichkeiten von Goose-Bay/Kanada und Decimomannu/Sardinien. Notwendige Infrastrukturhaushaltsmittel sollen dabei durch Erhöhung des Haushaltstitels im Einzelplan 14 bereitgestellt werden. Ferner wird erwartet, daß die Vertragsverhandlungen für Beja/Portugal zügig fortgesetzt werden und die Bundesregierung auch darauf drängt, daß die NATO-Arbeitsgruppe Konya/Türkei möglichst vor Ende 1989 ihre Arbeiten mit einer Beschlußempfehlung beendet. In allen Fällen müssen dabei Gesichtspunkte der Fürsorgepflicht gegenüber den Flugzeugführern und ihren Familien berücksichtigt werden.

Kampf gegen Doping

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU hat angeregt, eine umfassende Untersuchung über Doping durchzuführen. Dabei sollen alle mit dem Doping verbundenen vielschichtigen Probleme einbezogen werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in das Sportprogramm der CDU einfließen.

Termine

- 21. 11. *OMV Nordrhein-Westfalen*
Vorstand, Essen
- 21. 11. *KPV Rheinland-Pfalz*
Vorstand, Neustadt a.d.W.
- 21. 11. *CDU-Präsidium und Bundesvorstand*
Sitzung, Bonn
- 21. 11. *LV Saar*
Landesvorstand, Saarbrücken
- 22. 11. *CDA Schleswig-Holstein*
Vorstand, Kiel
- 23. 11. *CDU-Bund*
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn
- 24. 11. *MIT-Bund*
4. Fachkongreß „Freie Berufe“, Bonn
- 24. 11. *OMV Schleswig-Holstein*
Vorstand, Neumünster
- 25. 11. *CDA Berlin*
Landesausschuß, Berlin
- 25. 11. *LV Schleswig-Holstein*
Landesausschuß, Rendsburg
- 25. 11. *EJCD*
Politisches Büro der EJCD, Baden-Baden
- 25. 11. *Junge Union-Bund*
Deutschlandtag, Baden-Baden
- 26. 11. *KPV-Bund*
Verleih. d. Konrad-Adenauer Preises f. Kommunalpolitik, Düsseldorf
- 26. 11. *LV Niedersachsen*
Aufst. Landesliste Europawahl, Hannover
- 26. 11. *CDA Nordrhein-Westfalen*
Vorsitzendenkonferenz, Köln
- 26. 11. *KPV Hessen*
Vorstand, Gießen
- 26. 11. *Frauen-Union Hessen*
Vorstand, Bad Vilbel
- 26. 11. *MIT Schles.-Holstein*
Landesmittelstandstag, Lübeck
- 26. 11. *LV Hessen*
9. Fachhochschulkongreß, Oberursel
- 28. 11. *LV Nordrhein-Westfalen*
LFA „Entwicklungspolitik“, Köln
- 28. 11. *LV Saar*
LFA „Europa- u. Entwicklungspolitik“, Saarbrücken
- 28. 11. *LV Saar*
Landesausschuß, Saarbrücken
- 1. 12. *LV Nordrhein-Westfalen*
LFA „Wirtschaftspolitik“, Düsseldorf
- 2. 12. *Frauen-Union Bund*
Vorstand, Bonn

VII. EVP-Kongreß in Luxemburg:

Wir Christlichen Demokraten bauen Europa

Die EVP hat zum Auftakt der Vorbereitungen für die dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1989 auf ihrem Kongreß am 7. und 8. November 1988 in Luxemburg ihre Entschlossenheit bekräftigt, auch in Zukunft die treibende Kraft für die europäische Einigung zu sein. Unmißverständlich bekannten sich die 380 Delegierten der 14 christlich-demokratischen Parteien aus elf Staaten der Europäischen Gemeinschaft zum Ziel der Vereinigten Staaten von Europa.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen stand die Verabschiedung des „Aktionsprogramms der Europäischen Volkspartei für die dritte Wahlperiode des Europäischen Parlaments“ sowie ein Manifest zur Europawahl 1989.

Der EVP-Präsident, der christlich-demokratische Premierminister Luxemburgs, Jacques Santer, unterstrich, daß keine politische Kraft auf europäischer Ebene über ein ähnlich dynamisches und in die Zukunft gerichtetes Programm verfügt wie die EVP. Schwerpunkte des EVP-Aktionsprogramms liegen in der Schaffung Europas als moderner, leistungsfähiger und humaner Wirtschaftsraum, in der Gestaltung einer menschlichen Gesellschaft in einem Europa der Bürger, in der Stärkung der Sicherheit Europas und des Friedens der Welt sowie in der Hervorhebung des Umweltschutzes als europäische Aufgabe.

Unter den auf dem EVP-Kongreß vertretenen christlich-demokratischen Parteien und Regierungschefs wurde Bundeskanz-

ler Helmut Kohl von den Delegierten besonders herzlich begrüßt. In einem leidenschaftlichen Appell forderte Helmut Kohl zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas auf. Dazu gebe es keine Alternative und „auch kein zurück“, sagte der Bundeskanzler.

Mit dem Aktionsprogramm 1989 sowie dem Wahlmanifest haben die europäischen christlichen Demokraten jetzt die Grundlagen für einen erfolgreichen Europawahlkampf geschaffen, den alle Parteien in gemeinsamem Geiste führen wollen: „solidarisch und tatkräftig an der Seite der Bürger“ — so lautete auch das Motto des VII. EVP-Kongresses.

Spielhallenflut durch Bebauungspläne eindämmen

Die sprunghafte Verbreitung von Spielhallen, Sex-Shops und ähnlichen Vergnügungsstätten soll auch baurechtlich unterbunden werden können. Der Bundesrat hat mit breiter Mehrheit beschlossen, einen entsprechenden Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen. Nach dem von Nordrhein-Westfalen eingebrachten Gesetzesantrag, dem Baden-Württemberg beigetreten ist, soll Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, in einem Bebauungsplan einzelne Nutzungen oder Anlagen auszuschließen oder einzuschränken, ohne daß gleichzeitig auch ein bestimmtes Baugebiet festgesetzt werden muß.

Manifest zur Europawahl 1989

Mit den Bürgern für Europas Zukunft

Im Juni 1989 wählen die Bürger der Europäischen Gemeinschaft in direkter, freier und geheimer Wahl ihre Abgeordneten in das Europäische Parlament. Mit dieser Wahl treffen sie eine wichtige Entscheidung über die Zukunft Europas. Wir stehen heute vor den Herausforderungen der neunziger Jahre: der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, der weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten, neuen Chancen für Abrüstung und Entspannung, der Aufgabe grenzüberschreitenden Umweltschutzes sowie der gerechteren Verteilung der Güter dieser Welt.

Wir Christlichen Demokraten in der Europäischen Volkspartei (EVP) stellen uns diesen Aufgaben und Herausforderungen aus einem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Frieden in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundlagen, auf denen wir ein vereinigtes Europa aufbauen wollen. Wir setzen uns in einem Europa des Rechts und der Demokratie dafür ein, daß jeder in Verantwortung für den Nächsten seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Wir wollen, daß nicht nur im freien Europa, sondern weltweit die fundamentalen Menschenrechte respektiert werden.

Die Europäische Einigung sichert unsere Zukunft

Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, wird ihr ganzes Gewicht zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Verantwortung in der Welt und zur Überwindung der Teilung Europas einbringen können. Nur durch die Entwicklung zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt kann sie auf den Weltmärkten erfolgreich bestehen. Nur in einem vereinigten Europa kann die Solidarität mit den weniger entwickelten Regionen und hilfsbedürftigen Menschen verwirklicht werden. Nur ein einiges Europa kann seine natürliche Umwelt wirksam schützen und ihre Wiederherstellung fördern. Nur eine Europäische Gemeinschaft, die sich zu einer Sicherheitsunion zusammenschließt, kann auf Dauer Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Europa garantieren und gleichberechtigter Partner im Atlantischen Bündnis und Friedensfaktor in der Welt sein. Nur ein starkes und selbstbewußtes Europa ist fähig, seine Verpflichtung gegenüber den Völkern der Dritten Welt zu erfüllen und ihnen bei ihrer Entwicklung zu helfen.

Unsere Ziele

1. Wir sichern Wohlstand und Arbeit durch Soziale Marktwirtschaft

Eine sozial verpflichtete, die Umwelt achtende und leistungsfähige Marktwirtschaftsordnung, die die freie Entfaltung der Marktkräfte ermöglicht, ist der beste Weg, Europas Wohlstand zu sichern, zu mehren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes mit der Beseitigung der Grenzen für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital schafft dafür entscheidende Voraussetzungen.

Mit dem Europäischen Binnenmarkt und dem Europäischen Sozialraum, der Verwirklichung der Währungsunion und dem Ausbau der Forschungs- und Technologiegemeinschaft entwickeln wir die Europäische Gemeinschaft zu einem modernen, leistungsfähigen und humanen Wirtschaftsraum.

Wir wollen die persönliche Verantwortung stärken sowie immer mehr Teilhabe aller Regionen und Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklichen. Wir wollen soziale Partnerschaft üben und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Staaten der Gemeinschaft verbessern.

Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, mit der der bäuerliche Familienbetrieb eine umweltfreundliche Produktion und gesunde Ernährung der Bevölkerung sichern kann. Wir wollen der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

2. Wir schützen und fördern die natürliche Umwelt

Umweltverschmutzung macht nicht an den Grenzen halt; deshalb muß Umweltschutz international sein. Wir wollen in Europa gemeinschaftliche Umweltschutznormen auf hohem Niveau durchsetzen und über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft hinaus mit unseren Nachbarn und weltweit eng zusammenwirken.

Wir betreiben eine aktive Politik, um Luft, Boden und Gewässer sauber zu halten. Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Gegensatz, sondern gehören zusammen. Technischen und wirtschaftlichen Fortschritt mit der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen, ist das Ziel unserer Politik. Hierzu gehört auch die konsequente Anwendung moderner umweltschonender Technologien.

Unser Engagement für die Bewahrung der Natur und der Umwelt entspricht unserem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung für die Schöpfung.

3. Wir schaffen das Europa der Bürger

Wir wollen ein Europa der Freizügigkeit, denn der Wegfall von Grenzkontrollen gibt den europäischen Bürgern neue Möglichkeiten, in anderen Ländern der Gemeinschaft zu wohnen, zu arbeiten und zu lernen.

Besonders junge Menschen sollen in großem Umfang Gelegenheit erhalten, Kenntnisse und Erfahrungen in anderen EG-Ländern zu sammeln. Berufserfahrung muß ebenso wie die Diplome gegenseitig anerkannt werden. Wir wollen, daß Bürger, die in einem anderen EG-Land arbeiten und wohnen, eine Gleichbehandlung im Arbeitsrecht und der sozialen Sicherheit erfahren.

Wir wollen ein Europa der Bürger, in dem das Recht auf Sicherheit verwirklicht ist. Deshalb muß die Europäische Gemeinschaft ihre gemeinschaftliche Politik verbessern, um Terrorismus, Kriminalität und Drogenhandel zu bekämpfen.

4. Wir sichern den Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Wertegemeinschaft, die auf den gemeinsamen Grundüberzeugungen der Demokratie aufbaut: Herrschaft des Rechts, Freiheit der Person, soziale Gerechtigkeit und Achtung der universalen Menschenrechte.

Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die der Entspannung in

der Welt dient und die Frieden und Freiheit in Europa und der Welt sichert. Für uns ist aktive Friedenspolitik politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht.

Wir Christlichen Demokraten treten für Rüstungskontrolle und Abrüstung ein, damit militärisches Gleichgewicht und politische Stabilität erreicht werden. Wir wollen die außen- und sicherheitspolitische Kooperation in der europäischen politischen Zusammenarbeit und der westeuropäischen Union weiter verbessern und damit die Atlantische Allianz und Europas Rolle in der Welt stärken.

5. Wir tragen Verantwortung in der Welt

Die Europäische Gemeinschaft muß ihr ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht in die internationale Politik einbringen und eine vermittelnde Rolle in der Welt spielen.

Nur eine Nord-Süd-Politik, die den Kampf gegen Hunger und für Gerechtigkeit aufnimmt, die faire Handelsbedingungen schafft, die den Menschen und Staaten Entwicklungschancen eröffnet und für die Menschenrechte eintritt, kann Stabilität und Frieden in der Welt herstellen.

Umweltprobleme in den Entwicklungsländern haben heute weltweite Auswirkungen. Deshalb wollen wir gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Treibhauseffekts, der Wüstenbildung und der Abholzung der Wälder unternehmen. Der Export von chemischen Abfällen in die Dritte Welt muß verboten werden.

6. Wir wollen mehr Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft

Die einheitliche europäische Akte hat die Zuständigkeiten und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft erheblich erweitert. Das europäische Parlament wirkt über die bisherigen Kontroll- und Haushaltsrechte hinaus nun auch in wichtigen Bereichen der Gesetzgebung mit.

Wir wollen die Rechte des Parlaments weiter ausbauen. Die Bürger unserer Länder wollen in der Gemeinschaft nicht weniger Demokratie als zu Hause. Dafür braucht die Europäische Gemeinschaft ein starkes und handlungsfähiges Parlament, das wirksam die Anliegen der Bürger in der Gesetzgebung und bei der Kontrolle einer verantwortlichen Regierung vertritt.

Mit ihrer Wahlbeteiligung bestimmen die Bürger die Chancen, das europäische Parlament zur zentralen Kraft des weiteren Einigungsprozesses zu machen. Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa.

7. Wir Christlichen Demokraten bauen Europa

In kritischer Zeit waren es die Christlichen Demokraten, von denen der Antrieb für die europäische Einigung ausging. Christliche Demokraten haben mit der Europäischen Gemeinschaft ein Modell für eine dauerhafte Friedensordnung in Freiheit für ganz Europa geschaffen. In dieser Tradition wird die EVP auch in Zukunft die treibende Kraft für die europäische Einigung sein.

Wir Christlichen Demokraten spielen im europäischen Parlament eine Schlüsselrolle. Wir bitten um den Auftrag, das freie Europa erfolgreich an die Schwelle des 21. Jahrhunderts zu führen. Wir stellen uns ihnen, den Wählern. Vertrauen Sie unserer Politik und unseren Kandidaten.

Solidarisch und tatkräftig an der Seite der Bürger: die Europäische Volkspartei.

CDU Hessen:

Optimistisch und mit guter Bilanz in den Kommunalwahlkampf

„Sie können etwas vorweisen, wenn Sie am 12. März 1989 um jede Stimme kämpfen!“ Hohes Lob zollte der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der hessischen CDU bei deren 72. Landesparteitag in Frankfurt. Vor mehr als 400 Delegierten zogen die hessischen Christdemokraten eine Bilanz der eineinhalbjährigen Regierungsarbeit in Wiesbaden, zugleich bildete das Delegiertentreffen den Aufgalopp für die Kommunalwahlen im März nächsten Jahres.

Mit Optimismus und Selbstbewußtsein, das war für jeden zu spüren, will die Hessen-Union unter dem Slogan „Zu Hause fängt die Zukunft an“ mit erfolgreichen Kommunalpolitikern vorhandene Mehrheiten verteidigen und ausbauen bzw. rot-grüne Bündnisse beenden und damit den Stillstand und das anhaltende Hickhack in vielen Kommunen und Kreisen beenden.

Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Walter Wallmann, stellte in seiner Regierungsbilanz heraus, in Hessen sei in relativ kurzer Zeit bereits viel bewegt worden, das Land sei auf einem Weg, wieder ein Land der Zukunft zu werden. „Statt Zukunftsangst und modischen Pessimismus zu kultivieren“ sei die CDU/FDP-Koalition daran gegangen, „unsere Idee einer modernen, kreativen, leistungsbereiten und menschlichen Gesellschaft in konkrete Politik umzusetzen“, betonte Wallmann.

Das Zwischenergebnis könne sich sehen lassen: Mit sechs Prozent Plus das höchste Wirtschaftswachstum aller Länder,

der höchste Beschäftigungszuwachs aller Länder, eine führende Rolle bei öffentlichen und privaten Forschungsaufwendungen, Weichenstellungen in der Schul- und Innenpolitik, die Schaffung einer hessischen Kulturstiftung.

Gleichzeitig strich Walter Wallmann die reibungslose und nach vorne orientierte Zusammenarbeit zwischen Union und Freidemokraten in Wiesbaden heraus. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl bescheinigte der Hessen-Union, daß das Land unter ihrer Führung „wieder nach vorne gekommen ist“. Der vom früheren SPD-Ministerpräsidenten Georg August Zinn geprägte Satz „Hessen vorn“ gelte wieder. Wie Wallmann warb auch Helmut Kohl für die deutschen Aussiedler aus Osteuropa. In Anspielung auf die Entgleisung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine meinte Kohl: „Es ist keine Deuschtümelei, wenn wir zu unseren eigenen Landsleuten stehen.“ Vielmehr hätten wir vor der Geschichte abgedankt und seien ein verkommenes Volk, wenn wir uns gegenüber den eigenen Landsleuten ablehnend verhielten. Statt am Stammtisch Sprüche zu klopfen, solle man sich einmal mit einer Aussiedlerfamilie unterhalten, forderte Kohl unter großem Beifall der Delegierten in Frankfurt.

Unmißverständlich stellte sich Helmut Kohl hinter den erfolgreichen und zugleich von der Opposition angefeindeten Frankfurter Oberbürgermeister Wolfram Brück. Es sei eine Schlamm-schlacht ohnegleichen, wie Teile der ver-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)
 faßten öffentlichen Meinung versuchten, die CDU in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Frankfurt „um jeden Preis aus der Verantwortung zu drängen“. In diesem Zusammenhang bezeichnete der hessische CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung Frankfurt als ein Musterbeispiel für das Scheitern sozialdemokratischer Kommunalpolitik („Frankfurt“) — und zugleich als Beleg für erfolgreiche CDU-Kommunalpolitik, die Frankfurt insbesondere durch Akzente in der Wirtschafts- und Kulturpolitik zu einer strahlenden Metropole gemacht habe. Die in die Bestechungsaffäre verwickelten Personen seien praktisch ausnahmslos vom früheren SPD-Magistrat eingestellt worden. Jung: „Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf damit nicht die Frösche beauftragen!“

Einstimmig verabschiedete die Hessen-Union bei ihrem Landesparteitag das Kommunalwahlprogramm, nachdem es zuvor — weit über 100 Änderungsanträge wurden behandelt — über den Programmentwurf landesweit eine rege Diskussion gegeben hatte. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, das Bekenntnis zu möglichst freier Schulpflicht, die Ablehnung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer und das Ziel, den Umweltschutz vor Ort zu verbessern, sind Schwerpunkte des Programms.

Bei der Aufstellung der Liste für die Europawahlen am 18. Juni setzten die Delegierten die bisherigen Abgeordneten Bernhard Sälzer, Axel Zarges und Ursula Braun-Moser erneut an die Spitze, es folgt die Frankfurter Stadtverordnete Helga Haller von Hallerstein, zwei Frauen auf den ersten vier und vier Frauen auf den ersten acht Plätzen der Europaliste — ein unmißverständlicher Beleg dafür, daß die CDU Hessen auf eine SPD-Quotenregelung gut verzichten kann.

Bundesbauministerium informiert über Hilfen

Bundesbauminister Oscar Schneider hat ein Informations-Faltblatt vorgelegt, das über die vorgesehenen Hilfen zur Eingliederung der Aussiedler insbesondere im Wohnungsbaubereich informiert. Das Faltblatt richtet sich auch an Wohnungsunternehmen wie vor allem auch an private Haus- und Grundeigentümer und Investoren, die sich am Sonderprogramm zur Förderung des Wohnungsbaus für die Aussiedler beteiligen wollen. Es erläutert die Bedingungen für den Einsatz der Fördermittel und vor allem das vom Bund vorgeschlagene neue Fördermodell, das eine möglichst schnelle und unbürokratische Umsetzung dieses Programms zum Ziel hat. Zugleich orientiert es über die Möglichkeiten der Unterbringung im vorhandenen Sozialwohnungsbestand und über das Wohngeld, das den Aussiedlern sofort und uneingeschränkt zur Verfügung steht.

Das Faltblatt kann angefordert werden beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, — Referat Öffentlichkeitsarbeit —, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2.

Kein Gesetz zum Schutz „wilder Ehen“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt einen gesetzlichen Schutz für nichteheliche Lebensgemeinschaften ab. Wenn zwei Menschen jede eherechtliche Bindung ablehnten, dürfe der Staat ihnen nicht ein „eheähnliches Regelungssystem überstülpen“, sagte Fraktionsjustitiar Langner in einem Zeitungsinterview. Dadurch würde zudem der verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie entwertet.

Norbert Blüm:

Der Wechsel ist überfällig

Was sich der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor im Verlauf der Gladbecker Geiselnahme geleistet hat — oder besser nicht geleistet hat — ist Grund genug, ihn fristlos zu entlassen. Ebenso wie vor ihm schon der Landesvorsitzende Norbert Blüm, forderte Bundeskanzler Helmut Kohl den sofortigen Rücktritt des für das völlige Versagen der Polizei verantwortlichen Ministers. Kohl erinnerte auf dem 5. Landesparteitag der NRW-CDU in Aachen (11./12. Nov. '88) auch an die blamable Rolle, die Schnoor vor vier Jahren beim Besuch des damaligen US-Vizepräsidenten Bush gespielt hatte, als dieser zur 600-Jahr-Feier nach Krefeld gekommen war.

Bei der CDU in Nordrhein-Westfalen geht es aufwärts. Norbert Blüm ließ keinen Zweifel daran, daß er dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Rau „an den Speck“ will. „Wir müssen doppelt so aktiv sein wie die Genossen“, rüttelte er die Delegierten auf. Der Bevölkerung an Rhein und Ruhr bot er ein „Bündnis der Vernunft“ gegen Ängstlichkeit und Feigheit der Sozialisten an, die es in 20 Jahren geschafft hätten, aus dem einst blühendsten Kernland der Republik ein Armenhaus zu machen. Die SPD habe aus NRW einen Selbstbedienungsladen gemacht. Der Wechsel — so Blüm — sei überfällig. Rau mache den Bürgern etwas vor, wenn er permanent von seinen eigenen Fehlern und seiner Untätigkeit ablenke und den „Schwarzen Peter“ nach Bonn schiebe. Welch ein grandioser Heuchler Rau sei, das habe er jetzt gerade wieder bewiesen, als er sich gegen die Verwendung der Kernkraft aus-

gesprochen habe und gleichzeitig den Sowjets einen neuen Hochtemperaturreaktor verkaufen wolle. Indem Rau sich den Parteitagsbeschlüssen der SPD beuge, lasse er zu, daß die Kohlezechen in NRW sterben müssen. Denn Überlebenschancen hat die Ruhrkohle nur im Verbund mit der Kernenergie. Blüm rief den Kumpeln, die zu Hunderten in Aachen erschienen waren, zu: „Geht dem Rau nicht auf den Leim. Die CDU steht an eurer Seite, nicht die SPD.“

Stehende Ovationen wurden dem Landesvorsitzenden dargebracht, als er seine großartige kämpferische Rede beendet hatte.

In 4 Foren beschäftigten sich die Delegierten am Samstag mit aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen. Eine finanzielle Besserstellung um 50 Pfennig pro Mitglied soll den Landesverband in die Lage versetzen, die kommenden drei Wahlen, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl, erfolgreich zu bestreiten.

(Unsere NRW-Leser finden einen ausführlichen Bericht im gelben Teil dieser Ausgabe.)

Zitat

„Heute starten viele von denen, die noch vor Jahren gegen die Startbahn West demonstriert haben, genau von dort zum Urlaubstrip nach Mallorca! Schick demonstriert und bürgerlich gelebt — das scheint in zu sein“.

(Norbert Blüm in „Bild am Sonntag“ vom 9. Oktober 1988)

Wechsel in Rheinland-Pfalz

Mit neuer Offenheit in die Zukunft

Hans-Otto Wilhelm heißt der neue Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU. Beim Landesparteitag der Union in Rheinland-Pfalz in Koblenz votierten 258 Delegierte für Wilhelm, für seinen Amtsvorgänger, Ministerpräsident Bernhard Vogel, der seit 1974 die Partei geführt hatte, stimmten 189 Delegierte.

„Ich will die Partei wieder vom Kopf auf die Füße stellen“, versprach der neue Landesvorsitzende.

„Eine Partei wie die CDU ist nur dann lebendig, wenn die wichtigen Aussagen auf Parteitag behandelt werden. Wir sind hier, um Vorgaben in die Regierung hineinzugeben, und nicht, um Regierungspapiere nachzukauen.“

Die Politik der Union ist mehr, als die Bekanntgabe von Regierungsentscheidungen. Wir brauchen lebendige, aus der Kraft der Bevölkerung herauswachsende Diskussionen. Die Partei muß die geistige Kraft ihrer Mitglieder aktivieren, Hand- und Spanndienste machen doch nicht die Mitgliedschaft in der CDU aus.

Eine Partei, die den geistig innovativen Prozeß in ihren eigenen Reihen nicht betreibt, verdient keine Zukunft.

Die Partei muß durchlässiger werden, von unten nach oben. Parteiprogramme müssen aus der Basis herauswachsen, sie dürfen nicht von Bürokraten geschrieben werden.“

Zum Abschluß des Parteitages rief der neue Landesvorsitzende die Parteimitglieder auf, aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören, miteinander zu diskutieren und die gemeinsamen Ziele gemeinsam

zu formulieren, dann sei er sicher, die nächsten Wahlen erfolgreich zu bestehen. „Denn wir sind die rheinland-pfälzische CDU, selbstbewußt, mit eigenem Profil, mit überzeugenden Persönlichkeiten in den eigenen Reihen und mit dem angetretenen Beweis, eine schwierige demokratische Entscheidung mit der Kraft der kontroversen Diskussion zu bewältigen.“

Mehr an die Kinder denken

Gegen die Überhandnahme freizügiger Darstellung von Sexualität, Gewalt und illegaler Handlungsformen im Vorabend- und frühen Abendprogramm der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten hat sich der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Benno Zierer ausgesprochen. Wie Zierer in Briefen an die Programmdirektion der ARD und den Intendanten des ZDF schreibt, hätten zahlreiche Eltern darüber Klage geführt, daß sich Sendungen bedenklichen Inhalts immer mehr vor 22 Uhr und sogar bereits vor 20 Uhr im Programm fänden. Als Beispiel wurden Folgen der TV-Serie „Lindenstraße“ genannt sowie zahlreiche Fernsehspiele gegen 20 Uhr.

Zitat

„Nicht um uns größere Autos zu kaufen oder eine Segelyacht an die Mittelmeerküste zu legen, sondern um Arbeitsplätze zu erhalten und Investitionen zu finanzieren, brauchen wir mehr Handlungsspielraum“.

(Hansheinz Hauser, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen)

In der Advents- und Vorweihnachtszeit um Sympathie werben!

Auch die Advents- und Vorweihnachtszeit bietet der CDU vor Ort viele Gelegenheiten, mit angemessenen Aktionen in die Öffentlichkeit zu treten. Dem besonderen Charakter der vorweihnachtlichen Zeit entsprechend sind nicht laute politische Rundumschläge, sondern Aktionen mit Herz die richtige Art, vor Ort für Sympathie zu werben.

Weihnachtsmarkt: CDU unter den Europa-Sternen

Der besonderen Ausstrahlung der zahlreichen Weihnachtsmärkte in unserem Lande kann kaum jemand widerstehen. Der örtliche CDU-Verband sollte in diesem Jahr seinen Stand unter das Zeichen der Europa-Sterne stellen. Unsere Freunde in den Partnerstädten liefern z. B. sicher Rezepte für köstliche europäische Weihnachtsbäckereien, die unseren Stand zu einem der Attraktionen des Marktes werden lassen.

Kamingespräche mit Zielgruppen

Ein untypischer Rahmen, eine gemütliche Atmosphäre: Zu zwanglosen Gesprächsabenden lädt die CDU in den nächsten Wochen beispielsweise Gruppen ein, mit denen sie schon lange wieder einmal sprechen wollte: Vertreter von Bürgerinitiativen, die Kindergärtnerinnen eines Stadtteiles, die Vereinigungen, die ihre Freizeit in den Dienst ihrer Mitmenschen stellen. Dieser Abend bietet viel Zeit für persönliche Gespräche. Hören und zuhören — oft ein guter Anfang, um Vorurteile abzubauen und Gemeinsamkeiten festzustellen.

Advents-Singen

Wer kennt schon noch alle Weihnachtslieder im Wortlaut? Mit dem Advents- und Weihnachtsliederbuch ist man schnell wieder auf dem Laufenden und kann in Kinderheimen, im Senioren-Treff oder auch beim Hausbesuch von älteren Mitmenschen für vorweihnachtliche



Advents- und
Weihnachts-
lieder

Stimmung sorgen. Gemeinsames Singen von Weihnachtsliedern ist unserer Meinung nach nicht kitschig, sondern macht allen Beteiligten viel Freude!



Kinder-Bastelnachmittag

Viele Aussiedler- und Ausländer-Kinder verbringen dieses Jahr ihre erste Adventszeit in unserem Lande. Gerade jetzt, wo oft noch Anpassungsschwierigkeiten vorliegen, sollte die CDU in den nächsten Wochen für etwas mehr Menschlichkeit sorgen und den ersten Schritt machen. Die handwerklich versierten Mitglieder des CDU-Ortsverbandes bieten z. B. Bastelnachmittage für Jung und Alt an (der Großvater bringt seinen Enkel mit!). Sicher lernt man hierbei im Gespräch mit Erwachsenen und Kindern auch einiges über die Freuden und Leiden unserer neuen Mitbürger und kann mit Rat und Tat weiterhelfen. Übrigens: Alteingesessene Bürger werden selbstverständlich herzlich eingeladen.

Aktion „Schneefrei ohne Salz“

In Zeiten von verstärktem Umweltbewusstsein ist Salzstreuen „out“, zumal, wenn vorab nicht sorgfältig geräumt wurde. Inzwischen sind zahlreiche Streumittel mit dem Umweltengel auf dem Markt, althergebrachte Abstumpfungsmittel nach vorheriger mechanischer Räu-

mung erledigen ihren Dienst ebensogut. Über dieses Thema informiert die örtliche CDU am Info-Stand bei heißem Tee oder Glühwein, nachdem vorher, z. B. am Seniorenheim an der Ecke, für schnee- und eisfreie Verhältnisse gesorgt wurde. Eine Flugblattvorlage zum Thema Salzfrei durch den Winter erhalten Sie als Verteilmittel umgehend zugeschickt unter der Telefonnummer (02 28) 54 44 77.

Aktion „Klare Sicht voraus“

Werbewirksam wie immer, preiswert wie eh und je: Der CDU-Eiskratzer nimmt auch der eisigsten Autoscheibe ihre Tücken. Eine Volltreffer-Aktion: Frühmorgens verteilt der CDU-Ortsverband Eiskratzer auf die Scheibenwischer aller Laternenparker. Vorsicht! Scheibenwischer hierbei nicht abheben, da Beschädigung der Gummilamelle nicht ausgeschlossen.



CDU-Kinderkrippe

Besonders beim Weihnachtseinkauf kommen viele Eltern in Verlegenheit. „Wohin mit den Kindern?“ — das ist die große Frage. Ein buntes Betreuungsprogramm für die Kleinen schafft der CDU vor Ort viele Freunde. Unter dem Motto „Wir lieben Kinder“ sollten Sie diese Aktionen in der Presse ankündigen.

Winterliche Werbemittel

Mit der CDU-Mütze kommen Sie gut durch den Winter, für heiße Getränke, nicht nur am Info-Stand, ist der Getränkebecher bestens geeignet. Unser Winter-Puzzle schafft Spiel Freude für die ganze Familie, die Modelliermasse für Kinder verkürzt das Warten aufs Christkind, und mit der CDU-Tischdecke schaffen Sie bei Ihrer Weihnachtsfeier eine festliche Grundlage: Für jede Gelegenheit also das geeignete Werbemittel.

Sympathie-Plakat Frohes Fest

(Abbildung siehe Rückseite)

Mit dem Plakat Frohes Fest bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein ansprechendes, weihnachtliches Motiv für die Plakatierung im CDU-Verband (Format A 1).

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme 18,50 DM

Bestell.-Nr.: 8013

CDU-Mütze

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM

Bestell.-Nr.: 9812

CDU-Eiskratzer

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 57, — DM

Bestell.-Nr.: 9890

Getränkebecher

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 13, — DM

Bestell.-Nr.: 9922

Winterpuzzle

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 25, — DM

Bestell.-Nr.: 9880

Modelliermasse

Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM

Bestell.-Nr.: 9781

Tischdeckenfolie mit CDU-Aufdruck

Mindestabnahme: 1 Rolle

Preis pro Mindestabnahme: 30, — DM

Bestell.-Nr.: 9059

Advents- und Weihnachtsliederbuch

Das beliebte Advents- und Weihnachtsliederbuch mit vielen traditionellen Liedern, die zum Mitsingen einladen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM

Bestell.-Nr.: 2867

Bestellungen richten Sie bitte an das

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Sympathie-Plakat Frohes Fest

Wünschen auch Sie Ihren Mitbürgern im Namen der CDU ein „Frohes Fest“!
Mit dem Plakat „Frohes Fest“ bietet Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein ansprechendes, weihnachtliches Motiv an. Tragen auch Sie mit diesem Plakat in Ihrem Verband zur vorweihnachtlichen Stimmung bei.

Mindestabnahme:

50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

18,50 DM

Bestell-Nr. 8013

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold



UiD

36/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.